

Bundeshuus-Wösch

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **115 (1989)**

Heft 29

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Plakate schon gedruckt

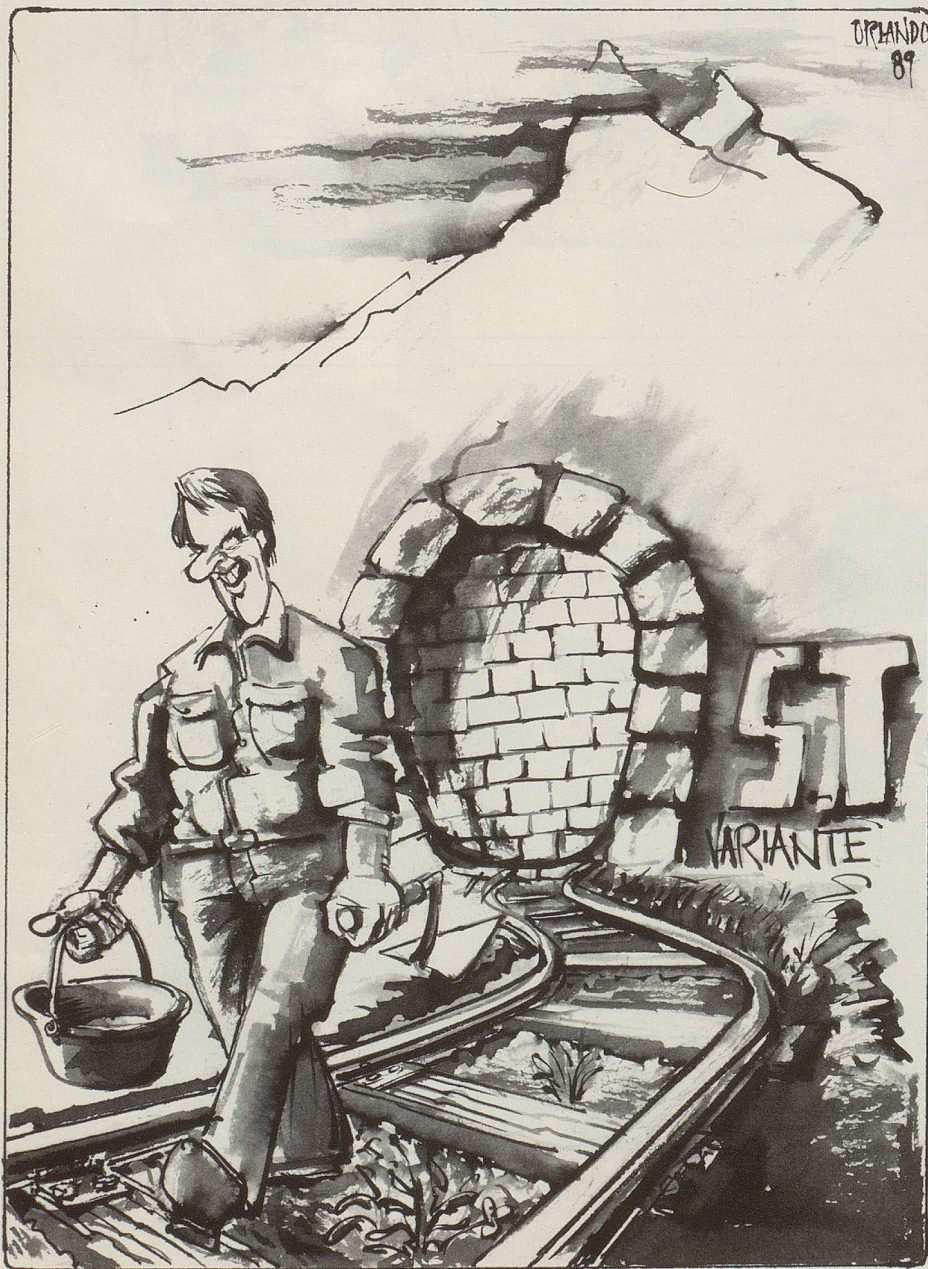
Die Volksinitiative der mittleren und grösseren Bauern, auch Bauernverbands-Initiative genannt, hat einen grossen Vorteil. Die Plakate zu deren Ablehnung sind bereits gedruckt und wurden sogar als Test bereits vor der Juni-Abstimmung in der Öffentlichkeit da und dort aufgehängt. Schlagzeile: «Die Bauerninitiative führt auf den Holzweg.»

Hotelierverein ohne Glasnost

Der Schweizer Hotelierverein (SHV) wollte nicht, dass die Journalisten zusahen, wie er sich in Interlaken schwertat, einen neuen Präsidenten zu erküren. Bei der



Wahl, die nach «demselben Prozedere wie jene des Bundesrates» abliefe, durften Journalisten nicht zuschauen, sondern wurden in einem Vorzimmer mit Speis und Trank ausgehalten. Ganz nach dem Motto: «Lieber ein Glas Most statt allzuviel Glasnost.» Dabei war doch alles halb so schlimm: Der Präsident Carlo de Mercurio wurde glanzvoll wiedergewählt. 218 von 263 Delegierten stimmten für ihn.



Nicht alle Wege führen nach Rom ...

Plötzlich geht's doch

Lisette versteht die liebe Monika Weber nicht mehr. Jetzt hat die Generalsekretärin des Kaufmännischen Verbandes und ehemalige Bundesratskandidatin doch tatsächlich im Sommer ihre Volksinitiative für «volle Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge» eingereicht! Womit sie bewiesen hat, dass auch im Sommer Unterschriften gesammelt werden können. Vor einiger Zeit aber hatte Monika Weber in einem Parlaments-Vorstoss vom Bundesrat verlangt, dass keine Referenden im Sommer laufen dürfen, weil man dann nicht sammeln könne, da alle in den Ferien sind. Lisette kann sich Monika Webers Sommer-Sammelerfolg nur damit erklären, dass ihre KV-Leute offenbar nicht in die Ferien gehen, sondern ihre Freizeit mit Unterschriftensammeln ausfüllen.

Morels schlechte Moral

Die Zahlungsmoral von Félicien Morel, dem abtrünnigen Sozialdemokraten, lässt zu wünschen übrig. Für sein Mitgliedschaftsjahr 1988 schuldet Morel, seines Zeichens Regierungsrat im Kanton Freiburg, der sozialdemokratischen Parteidirektion 7800 Franken. Jetzt weiss man wenigstens, weshalb er im November den Austritt gab.

Ogis Trost

Die Ostschweiz muss bei der NEAT auf Linienführungen verzichten, die durch ihr Gebiet führen. Der Bundesrat ist gegen das Alpen-Y, den Splügen und auch gegen die Variante Gotthard-Ost. Geharnischt war die Reaktion bei den Regierungsstellen. Lisette versteht gar nicht, warum. Wie Ogi vor den Medien erläuterte, ist Bern den Ostschweizern wirklich weit entgegengekommen. Man habe, so Ogi, die eigentlich zu spät eingebrachte Variante Gotthard-Ost «geprüft». Was will man mehr?

Agrarwettlauf

Dass es kein Problem ist, Volksinitiativen zu lancieren, weiss Lisette nicht erst seit dem Wettlauf der Agrarier. Nachdem aber hinter Walter Biels Landesring und dem WWF mit seiner Gruppe «Neue Agrarpolitik» (NAP) auch noch der Bauernverband Unterschriften sammeln will, steht wohl zu erwarten, dass auch der Bundesrat bald ähnliches tun wird. Sieben braucht's, um ein Komitee zu bilden, sieben sind's. Neue Ideen braucht es keine, siehe Begehren des Bauernverbandes. Nur ein Problem bleibt. Um medienwirksam zu sein, müsste der Bundesrat in der Sommerflaute das Begehren öffentlich präsentieren. Doch in diesem Jahr geht's: Jean-Pascal Delamuraz ist, weil Bundespräsident, im Inland. Worauf wartet er noch?

Lisette Chlämmerli